

## **Antrag**

**der Abgeordneten Claus-Peter Grotz, Hartmut Koschyk, Armin Laschet, Dr. Dietrich Mahlo, Dr. Erika Schuchardt, Erika Steinbach, Alois Graf von Waldburg-Zeil und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Ulrich Irmer, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Dr. Helmut Haussmann und der Fraktion der F.D.P.**

### **Standortbestimmung der Auswärtigen Kulturpolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Auswärtigen Kulturpolitik ist es gelungen, einen festen Platz in den auswärtigen Beziehungen zu erlangen; sie hat sich zur dritten Säule der deutschen Außenpolitik entwickelt. Sie vermittelt das Bild Deutschlands als Kulturnation in ihrer Tradition wie auch in ihrer Entwicklung bis in die Gegenwart. Kunst und Kultur in ihrer breiten Vielfalt prägen das Erscheinungsbild einer Nation nach innen und außen, spiegeln in ihren vielfältigen Erscheinungsformen die geistigen und gesellschaftlichen Strömungen in allen Kulturkreisen der Welt wider. Wissen über und Verständnis für die Kulturen der Welt sind Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Die Auswärtige Kulturpolitik dient deshalb neben der Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes, dem übergeordneten Ziel der Förderung der kulturellen Begegnungen, der Beziehungen zwischen den Menschen unterschiedlicher Kulturen, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und des Austauschs; sie muß dem Prinzip der Freiheit und der Demokratie entsprechend der Entfaltung aller kreativen geistigen Kräfte den dazu notwendigen Freiraum gewähren und garantieren.

Im Sinne dieser hochrangigen Ziele sind die Mittlerorganisationen der Bundesrepublik Deutschland eigenständiger Träger der auswärtigen Kulturarbeit. Das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung wie auch die anderen Mittlerorganisationen und Stiftungen vollbringen dabei hervorragende Leistungen. Ihnen und den Mitarbeitern gebührt dafür ausdrücklicher Dank.

Die deutsche Vereinigung, die Überwindung der Trennung Europas, die veränderte Lage in den internationalen Beziehun-

gen stellen die Auswärtige Kulturpolitik vor neue Herausforderungen in beachtlich erweiterten Wirkungsbereichen. Die breit angelegte Förderung der deutschen Sprache und das Netz der deutschen Schulen im Ausland stärken die Beziehungen und Bindungen zu Deutschland ebenso wie der für die Internationale Zusammenarbeit besonders wichtige Hochschul- und Wissenschaftsaustausch, durch den Grundlagen gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernens gelegt werden. Durch die internationale Vernetzung gewinnt der Wissenschaftsstandort und damit auch der Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutend an Ansehen und Gewicht. Die hierfür wichtigen Instrumente sind insbesondere Studien- und Forschungsstipendien, Gastdozenturen und der Austausch von Wissenschaftlern, Gelehrten aller Disziplinen wie auch von Künstlern, Hochschulpartnerschaften und gemeinsamer Forschungsprojekte. Auch die elektronischen Medien wie Hörfunk und Fernsehen spielen aufgrund ihrer ausgeprägten Breitenwirkung und hohen Akzeptanz eine bedeutende Rolle in der Auswärtigen Kulturpolitik; dies gilt insbesondere für den deutschen Auslandsrundfunk.

Die Auswärtige Kulturpolitik kann ihren Auftrag nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln leisten. Die Kürzungen in den Haushaltsansätzen der letzten Jahre erschweren inzwischen die Durchführung der Auswärtigen Kulturpolitik und schränken ihre Handlungsmöglichkeiten ein. Ergänzende Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die vorhandenen Finanzmittel effizienter einzusetzen.

Für die Auswärtige Kulturpolitik im weiteren Sinne stehen im Bundeshaushalt rd. 3,6 Mrd. DM zur Verfügung; auf das Auswärtige Amt entfallen davon knapp 1,2 Mrd. DM. Eine stringente Abstimmung und Koordinierung, besser noch eine Zusammenführung der entsprechenden Aktivitäten der verschiedenen Ressorts kann die im Sinne der Ziele der Auswärtigen Kulturpolitik „unproduktiven“ administrativen Kosten senken.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

- den Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1994/95,
- daß die Auswärtige Kulturpolitik unverändert die dritte Säule der Außenpolitik darstellt und damit Grundlage für eine von Vertrauen geprägte weltweite kulturelle Zusammenarbeit ist,
- daß die Auswärtige Kulturpolitik mit ihren pluralistischen, auf dem Prinzip des Föderalismus gründenden Strukturen mit Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und den Mittlerorganisationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben über die geeigneten Instrumente verfügt und sie orientiert an den Interessen unseres Landes zielgerichtet und wirksam einsetzt,
- daß nach der deutschen Vereinigung und der Öffnung Mittel- und Osteuropas der in der Auswärtigen Kulturpolitik

eingeschlagene Weg konsequent weiterverfolgt wird, und neben einer weiter intensivierten Zusammenarbeit mit den MOE- und GUS-Staaten sichergestellt werden konnte, daß die traditionelle Zusammenarbeit mit den Partnern in den anderen Weltregionen auf dem bestehenden hohen Niveau weiterentwickelt wird,

- daß es trotz anhaltend schwieriger Haushaltssituation des Bundes gelungen und weiterhin beabsichtigt ist, die Substanz der bestehenden Strukturen zu erhalten, teilweise zu erweitern und damit der Auswärtigen Kulturpolitik den angemessenen Rang in der deutschen Außenpolitik zu sichern,
- daß sich die Bundesregierung auch künftig an der Diskussion um Ziele, Aufgaben und Strukturen der Auswärtigen Kulturpolitik offen und konstruktiv beteiligen wird und Vorschläge zur Entbürokratisierung, Deregulierung und Flexibilisierung haushaltsrechtlicher Vorschriften aufgreifen wird.

### III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Auswärtige Kulturpolitik auf der Basis des seit Jahren bestehenden Konsenses weiter auszubauen in der Erkenntnis, daß es für eine Kulturnation Verpflichtung ist, weltweite kulturelle Beziehungen um der Kultur willen zu pflegen und daß Auswärtige Kulturpolitik darüber hinaus wichtiger Faktor der Standortpolitik und Zukunftssicherung ist. Um eine effizientere Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, sind Flexibilisierungsmaßnahmen zu prüfen, wie:
  - möglichkeitsbegrenzte gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen einzelnen Titeln,
  - Lockerung des Jährlichkeitsprinzips, d. h. Übertragbarkeit der Haushaltsmittel für einzelne Titel (Thesaurierung ausgeschlossen),
  - Möglichkeit der Teilnahme von Mittlerorganisationen an Pilotprojekten zur Flexibilisierung der Haushaltsabwicklung,
  - Straffung des Systems der Mittlerorganisationen;
- darauf hinzuwirken, daß die Rolle des Auswärtigen Amtes in seiner Zuständigkeit für die Auswärtige Kulturpolitik gestärkt wird. Wo möglich, sollten Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik beim Auswärtigen Amt zusammengeführt werden;
- die weltweite Förderung der deutschen Sprache weiterhin als kulturpolitische Basisaufgabe zu begreifen, denn Sprachen sind nach wie vor das natürliche Medium für zwischenmenschliche Kommunikation und Verständigung. Die Verbreitung der deutschen Sprache ist ein solides Fundament dauerhafter kultureller, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen;

- das System der deutschen Auslandsschulen weiter zu pflegen und auszubauen und neuen Anforderungen flexibel anzupassen;
- auf Mobilisierung privaten Engagements hinzuwirken, z. B. Entsendung und Finanzierung von Lehrkräften für Deutsch an ausländischen Hochschulen durch Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Einwerbung privater Finanzmittel zum Aus- und Neubau von Auslandsschulen, in Anbetracht der Tatsache, daß deutsche Auslandsschulen ein wertvolles Dienstleistungsangebot für die deutsche Wirtschaft im Ausland darstellen; Mitfinanzierung von Bibliotheken und deren Ausstattung;
- die im Ausland lebenden Deutschen, insbesondere die deutschen Minderheiten in MOE- sowie in GUS-Staaten, in die Auswärtige Kulturpolitik intensiv einzubeziehen, da diese Menschen eine wichtige Brücke zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten, in denen sie leben, darstellen;
- die Attraktivität des Studienstandorts Deutschland in den Bereichen der deutschen Hochschulpolitik zu fördern, die nicht in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fallen, aber weitreichende Auswirkungen auf den Internationalen Hochschul- und Wissenschaftsaustausch haben;
- das Gästeprogramm der Bundesrepublik Deutschland, das vom Auswärtigen Amt durchgeführt wird und sich zu einem wirksamen Instrument außenpolitischer Begegnungen und wirtschaftspolitischer Kontakte entwickelt hat, weiter zu fördern und auszubauen;
- Verbesserung der Nachbetreuung von Stipendiaten, dazu Koordinierung und Ausbau der Kooperation der Mittlerorganisationen, mit dem Ziel eines effizienteren Mitteleinsatzes, z. B. durch gegenseitige Interessenvertretung in einzelnen Regionen;
- dafür Sorge zu tragen, daß die Kontakte mit der Wirtschaft über Fragen der Zusammenarbeit in der Auswärtigen Kulturpolitik von Grund auf neu strukturiert und in Zukunft mit noch größerer Intensität gepflegt werden. Über den reinen Gedankenaustausch hinaus muß eine deutlich verstärkte, konkrete Zusammenarbeit zwischen den Partnern Wirtschaft und Auswärtige Kulturpolitik entwickelt werden. Der langfristig investive Charakter von Ausgaben für die Auswärtige Kulturpolitik muß deutlich werden;
- auch die kulturpolitischen Ziele der im Berichtszeitraum verabschiedeten Regionalkonzepte zu Asien (1994) und Lateinamerika (1995) durch gezielten Mitteleinsatz und den Ausbau der Kontaktdichte konsequent umzusetzen und eine hohe Kulturpräsenz in diesen Regionen aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen;

- in der Frage der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter die deutschen Rechtsansprüche zu wahren und mit den Verhandlungspartnern eine einvernehmliche Lösung anzustreben.

Bonn, den 12. Juni 1996

**Claus-Peter Grotz**

**Hartmut Koschyk**

**Armin Laschet**

**Dr. Dietrich Mahlo**

**Dr. Erika Schuchardt**

**Erika Steinbach**

**Alois Graf von Waldburg-Zeil**

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

**Ina Albowitz**

**Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann**

**Ulrich Irmer**

**Jörg van Essen**

**Dr. Olaf Feldmann**

**Dr. Helmut Haussmann**

**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**





